

Mittelstand und Handwerk **STÄRKEN**



Fotos: fotomek/stockadobe.com

PARTEIENCHECK Wo liegen die Schwerpunkte der etablierten Parteien für die Bundestagswahl 2021? Gehen Sie auf die Sorgen und Wünsche von Handwerk und Mittelstand ein? Was wünschen und fordern Handwerksorganisationen, Mittelstand und Malerbetriebe? Ein Blitzlicht auf das Geschehen vor der Wahl.

Eine Ära geht zu Ende, zumindest was die Kanzlerschaft angeht, wenn am 26. September 2021 die Bundestagswahl stattfindet, offiziell die »Wahl zum 20. Deutschen Bundestag« genannt. Die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel tritt nach 16 Jahren nicht mehr an. Kanzlerkandidat der CDU/CSU ist Armin Laschet. Die SPD bringt Vizekanzler Olaf Scholz an den Start und die Grünen nehmen mit Annalena Baerbock erstmals am Rennen ums Kanzleramt teil.

Nach eineinhalb Jahren Covid-19-Pandemie stehen wieder andere Themen auf der Agenda und in den Wahlprogrammen. Verbände positionieren sich, so auch die

Bauwirtschaft und das Handwerk. Denn, so der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH): »Mit einer Million Betrieben, 5,5 Millionen Beschäftigten und 369.000 Auszubildenden gehört das Handwerk zum Rückgrat der deutschen Wirtschaft.«

Klimaschutz und Staatsschulden

In den Wahlforderungen 2021 des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB) sagen Präsident Reinhard Quast und Felix Pakleppa Hauptgeschäftsführer im Vorwort: »Die wichtigsten Aufgaben einer neuen Bundesregierung werden unserer Vorstellung nach der Abbau der coronabedingten

hohen Staatsverschuldung, die Überwindung der Pandemie-Folgen sowie der Klimaschutz sein müssen. Die Bauwirtschaft kann dazu wichtige Beiträge leisten. Denn Bauinvestitionen stabilisieren die Binnenkonjunktur! Bauinvestitionen wirken rein binnenwirtschaftlich und fließen nicht ins Ausland ab. Konsumtive Ausgaben haben demgegenüber aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung nur einen begrenzten Effekt für die Binnenwirtschaft. Gerade in Zeiten von Handelsbilanzüberschüssen ist die Stärkung der Binnenkonjunktur von großer Bedeutung, um den Schuldenabbau und den Wohlstand in Deutschland

»Unsere Betriebe und Beschäftigten brauchen verlässliche Bedingungen, die auf marktwirtschaftlichen Instrumenten beruhen. Im Vordergrund der politischen Anstrengungen müssen ambitionierte Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, ein entschlossener Bürokratieabbau, stabile Sozialversicherungsbeiträge sowie eine mittelstands- und investitionsfördernde Steuerpolitik stehen.«

Arbeitsgemeinschaft Mittelstand im ZDH

nachhaltig zu sichern. Bauinvestitionen nutzen darüber hinaus dem Mittelstand und sichern Arbeitsplätze. Denn sie kommen der regionalen Wirtschaft vor Ort zugute. Von den gesamten Bauinvestitionen 2020, die von den Produzenten des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes erbracht wurden, entfielen fast 90 Prozent auf das mittelständische Baugewerbe.«

Die Erwartungen des Handwerks

zur Bundestagswahl 2021 laut ZDH gliedert sich in vier Schwerpunktthemen:

1. Betriebe stärken: Ein wesentlicher Belastungsfaktor für das personalintensive Handwerk sind die Lohnzusatzkosten. Bis 2040 droht ein Beitragsanstieg in den Sozialversicherungen auf 50 Prozent.

Daher müssen die Beiträge zu den Sozialversicherungen auch über 2021 hinaus dauerhaft auf unter 40 Prozent begrenzt und Betriebe mit ihren Beschäftigten stärker entlastet werden. Belastbarkeit und soziale Absicherung müssen für heutige und künftige Generationen in Einklang gebracht werden. (...)

Die Forderungen im Einzelnen: Bürokratieentlastung vorantreiben, Vertrauen stärken. Vorfälligkeit zurücknehmen, Flexibilisierungsspielräume nutzen, Gezielte Steuerimpulse setzen, Verlustrücktrag ausweiten, Soli prüfen, Finanzierung von Handwerksbetrieben sichern, Handwerkliche Zulieferer stärken, Minijobs anpassen, Öffentliche Auftragsvergabe an Handwerksbetriebe sicherstellen, AGB-Schutz ausbauen, Nationale Normungsstrategie Handwerk umsetzen. »

»Die künftige Regierung sollte das Potenzial für den Klimaschutz, das im Handwerk steckt, auch durch eine Politik nutzen, die unseren Betrieben eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit ermöglicht und sie nicht beschränkt und belastet.«

Im Interview: Hans Peter Wollseifer
Präsident des Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Berlin



Foto: Boris Treinker/ZDH

Mappe: Herr Wollseifer, was haben wir aus den vergangenen eineinhalb Jahren gelernt? Kann und darf es wirklich ein »Weiter so« oder die »Rückkehr zur Normalität« geben, im Hinblick auf das vordringliche, weil existenzbedrohende globale Ereignis des Klimawandels, was muss sich dringend ändern?

Hans Peter Wollseifer: So wichtig es ohne Frage ist, nach Corona in eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Normalität zurückzufinden, so wenig darf sich eine künftige Regierung darauf beschränken, ihre Entscheidungen allein darauf auszurichten, den »alten« Zustand wiederherzustellen. Vielmehr erwarten wir von der künftigen Regierung, dass sie mit Mut und Entschlossenheit Entscheidungen mit langfristiger Perspektive trifft und die Weichen so stellt, dass wir insgesamt gut für die Zukunft aufgestellt sind: Das gilt für die Steuer- und Finanzpolitik, die sozialen Sicherungssysteme, die Digitalisierung, aber vor allem auch für die Energiepolitik und den Klimaschutz. Es ist existenziell, dass wir den Klimaschutz beherzter angehen. Das haben wir in den vergangenen Wochen schmerzlich erfahren müssen. Dabei wird es darauf ankommen, ökologische Ziele mit ökonomischer Realität in Einklang zu bringen. Schon heute arbeiten etwa 450.000 Handwerksbetriebe mit fast 2,5 Millionen Beschäftigten in knapp 30 Gewerken täglich in

fast allen Bereichen an der Energiewende mit und setzen Umwelt- und Klimaschutz um, sei es im Ausbaubereich, an der Gebäudehülle, in der Anlagen- und Gebäudetechnik oder beim Netzausbau und bei der Mobilität. Wir sind die Klimaschützer.

Mappe: Muss das Wirtschaftswachstum wirklich immer an erster Stelle stehen oder verkörpert nicht gerade das Handwerk auch ganz andere, wirklich nachhaltigere Werte? Wie soll die künftige Regierung diese umsetzen?

Hans Peter Wollseifer: Man muss beides zusammen denken. Klimaschutz wird es nur mit einer florierenden Wirtschaft geben. Denn nur mit einer starken Wirtschaft werden wir in der Lage sein, die Klimaschutzherausforderungen zu finanzieren und zu bewältigen. Es gilt, technologieoffene Lösungen zu finden, die Klimaschutz und Wirtschaftserfolg gleichermaßen zulassen. In wirtschaftlich erfolgreichen Betrieben entstehen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, dort werden Steuern und Abgaben gezahlt, mit denen unser Sozialsystem, aber eben auch Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden. Daher ist es so wichtig, dass die Politik die richtigen Voraussetzungen schafft: mit einer Steuerpolitik, die unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben lässt, mit Sozialbeiträgen, die Be-

schäftigung ermöglichen und nicht belasten, mit einem entschlossenen Bürokratieabbau. Und auch bei der Digitalisierung müssen wir einen Quantensprung hinbekommen, wenn wir die mittel- und langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sicherstellen wollen. Dabei sollte in all diesen Bereichen ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes, also langfristiges Denken, gewissermaßen ein Denken in Generationen die Basis sein – und damit eine Herangehensweise, die dem Handwerk ureigen ist. Wie sich daraus mit den richtigen Rahmenbedingungen wirtschaftliches Potenzial entfesseln lässt, das haben wir der Politik in einem umfangreichen Positionspapier zur Nachhaltigkeit im Handwerk und kürzlich in unseren Wahlprüfsteinen als Impuls mit auf den Weg gegeben.

Mappe: Ist nicht gerade der Mittelstand als Motor für Deutschland gefordert, neue Konzepte einzufordern, die auch die nachfolgenden Generationen berücksichtigen. Das heißt, weniger den Fokus auf die global agierende Industriewirtschaft zu legen, sondern auf lokal handelnde KMU?

Hans Peter Wollseifer: Der Mittelstand ist der Stützpfiler für die deutsche Wirtschaft. Deswegen fordern wir schon seit Jahren, diesen wichtigen Wirtschaftsbereich wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik zu stellen

und diese mittelstandsfreundlich auszugestalten. Das ist gerade jetzt umso wichtiger, damit diese kleinen und mittelständischen Betriebe den nötigen Aufschwung vorantreiben und im Sinne der langfristigen Standortsicherung und Zukunftsaufstellung auch für die kommenden Generationen gut gestalten können. Von der künftigen Bundesregierung erwarten wir insofern ein entschlossenes Programm für unsere Betriebe und Beschäftigten im Handwerk.

Mappe: Wieviel Liberalisierung der sozialen Marktwirtschaft darf nach Meinung des ZDH sein und in welchen Bereichen braucht es mehr Regulierung?

Hans Peter Wollseifer: Um es kurz auszudrücken: Wir brauchen so viel Marktwirtschaft wie möglich und so viel staatliche Rahmensezung wie nötig. Es ist ja gerade die Stärke der Marktwirtschaft, dass sich dort in einem ständigen Prozess von Innovation und Anpassung zwischen Anbietern und Nachfrage, zwischen Unternehmen und Beschäftigten die tragfähigsten Lösungen herauskristallisieren. Staatliche Rahmensezung ist in manchen Fällen ein Instrument, einen Markt überhaupt erst entstehen zu lassen. Ein aktuelles Beispiel ist das Europäische Emissionshandelssystem. Unverzichtbar sind Regulierungen im Bereich von Produktstandards, Arbeitsschutznormen oder bei Vorgaben oder gar Verboten für gefährliche Produkte. Allerdings sollten Regulierungen nicht an die Stelle des Marktwettbewerbs selbst treten oder zu permanenten Eingriffen in die Marktprozesse führen. Um bei der Klimaschutzpolitik zu bleiben: Hier ist das Geflecht an Mindest- oder Höchstvorgaben, spezifischen Förderprogrammen und Detailregulierungen immer umfangreicher und komplexer geworden, ohne dass

dadurch gewährleistet ist, dass sich so die Reduktionsziele erreichen lassen. Permanent wird im Detail nachjustiert. Jedoch ohne perspektivisch verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit können die Betriebe ihr wirtschaftliches Potenzial nicht entfalten.

Mappe: Die wichtigsten Themen in den Wahlprüfsteinen des ZDH 2017 waren Bildungspolitik, Bürokratie, Energiepolitik, Finanzen, Europa, Digitalisierung, Internationalisierung und Steuerpolitik. Welche Forderungen des ZDH zur Wahl 2017 wurden tatsächlich erfüllt und wo hat sich noch gar nichts oder zu wenig verändert?

Hans Peter Wollseifer: In einigen Kernanliegen des Handwerks sind wir vorangekommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung – mit dem Berufsbildungspakt, neuen attraktiven Fortbildungsstufen im Rahmen der Höheren Berufsbildung, Verbesserungen beim sogenannten Aufstiegs-BAföG oder der Ausbildungsprämie für unsere Betriebe während der Corona-Pandemie. Auch die Wiedereinführung der Meisterpflicht in zwölf zulassungsfreien Gewerken ist ein großer Erfolg. Für die Fachkräftesicherung war auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wichtig. Bei anderen Themen wurde wertvolle Zeit verschenkt: Immer noch warten unsere Betriebe auf faire Kostenverteilung bei der Finanzierung der Energiewende und auf eine bezahlbare Energie- und Stromversorgung. Bei der Versorgung ländlicher Regionen mit schnellem Internet sieht es nach wie vor düster aus. Auch der Bürokratieabbau muss von der nächsten Bundesregierung wesentlich entschlossener angegangen werden. Eine grundsätzliche Reform der sozialen Sicherungssysteme muss ganz oben auf die Agenda einer künftigen Bundesregierung.

Mappe: Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht als ZDH-Präsident am Wichtigsten? Welche sind es für Sie als Betriebsinhaber und welche für Hans Peter Wollseifer als Privatmensch?

Hans Peter Wollseifer: Als ZDH-Präsident und auch als Betriebsinhaber stehen da drei Themen im Vordergrund: Wir müssen die Betriebe stärken und entlasten bei Steuern, Sozialabgaben und Bürokratie. Wir müssen beim Thema Fachkräftesicherung und Stärkung der beruflichen Bildung weiter vorankommen. Und wir müssen dringend den massiven Rückstand bei der Digitalisierung aufholen. Unsere Betriebe brauchen mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen, die sie wettbewerbsfähig bleiben lassen. Sie brauchen zudem ein Umfeld, in dem es gesellschaftliche und auch politische Wertschätzung für berufliche Bildung gibt, damit sich wieder mehr junge Menschen für eine Karriere im Handwerk entscheiden. Dazu gehören neben einer besseren Berufsorientierung in den Schulen auch leistungsfähige Berufsbildungsstätten und Berufsschulen sowie eine finanzielle Förderung von beruflicher Bildung auf Augenhöhe mit der akademischen Bildung – nur das bildet die wahre, oft proklamierte Gleichwertigkeit beider Bildungswege ab. Und wenn sie noch lange von einem abgelegenen Betriebsstandort mit einem USB-Stick in den nächstgrößeren Ort fahren müssen, um Daten an Kunden oder im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen übermitteln zu können, dann nimmt man politisch billigend in Kauf, dass wir digital abgehängt werden. Persönlich wichtig sind mir an erster Stelle meine Familie, Freunde und natürlich Gesundheit.

Mappe: Vielen Dank für Ihre Antworten, Herr Wollseifer.

2. Fachkräfte qualifizieren: (…)

Das Ausbildungsengagement des deutschen Handwerks und seiner Betriebe muss stärker gewürdigt und die Ausbildungsstrukturen fair und angemessen finanziert werden. Für eine nachhaltige Fachkräfterversorgung braucht es zudem mehr Wertschätzung für die berufliche Bildung und eine Gleichwertigkeit mit der akade-

mischen Bildung. Für eine zukunftsorientierte Ausgestaltung der beruflichen Bildung zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland gilt es, die Attraktivität der Höheren Berufsbildung auszubauen, die Digitalisierung der Berufsbildungsinfrastuktur in den Bildungszentren des Handwerks zu fördern und die Beteiligten am Ausbildungsmarkt zu entlasten. Klein- und

Kleinstbetriebe im Handwerk sind dabei als Träger der Dualen Ausbildung in Deutschland in den Fokus politischen Handelns zu rücken und in ihrer Ausbildungsleistung zu unterstützen.

Die Forderungen im Einzelnen: Ausbildung für Betriebe und junge Menschen attraktiver machen, Attraktivität und Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung

sichtbar machen und steigern, Betriebe bei der Fachkräftesicherung entlasten und unterstützen, Ausbildungsbetriebe entlasten – Finanzierung der ÜLU sicherstellen, Modernisierungsoffensive der beruflichen Bildungsstätten starten, EU-Förderprogramme fortsetzen, Weiterbildung handwerkstauglich weiterentwickeln, Digitalisierung in und mit beruflicher Bil-

dung voranbringen, Beruflichen Fachkräftebedarf gezielt sichern, Auszubildende international mobil machen, Fachkräftebasis stärken, Westbalkanregelung zuwanderungsfreundlich entfristen, Fachkräftesicherung und Freizügigkeit in Europa stärken.

3. Digitalisierung vorantreiben:

Handwerksbetriebe sind auf moderne und leistungsfähige öffentliche Verwaltungen angewiesen. In der Praxis dauern die Bearbeitung und Genehmigung von Anträgen häufig noch viel zu lange. Viele Anträge können nicht digital gestellt und bearbeitet >>>



Foto: Privat

Florian Hofer, Hofer Malerwerkstätte in Eggenfelden, würde es im Moment schon reichen, »den Panikmodus komplett zu beenden, der zurzeit bei den Regierenden herrscht. Die neue Regierung sollte anerkennen, wertschätzen und fördern, dass es nicht nur die Bedürfnisse der Industrie gibt, sondern auch **kleine und mittlere Betriebe**, die eine nicht unerhebliche Anzahl an Menschen in Lohn und Brot halten, ausbilden und zusammen eine erhebliche Wirtschaftskraft haben. Das würde für mich Wertschätzung und Unterstützung bedeuten. Nach Prioritäten abgestuft, stehen für Florian Hofer die **Mitarbeiter an erster Stelle**, konkret geht es ihm um Ausbildungshilfen und um Unterstützung, um Mitarbeiter im Handwerk halten zu können. Zweitens nennt er den Wettbewerb, genauer die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen und die Überarbeitung der Vergabebedingungen. An dritter Stelle steht für den Unternehmer der Bürokratieabbau. Weiter sagt Florian Hofer: »Als Unternehmer und Privatperson würde es mir schon reichen, wenn wir eine Regierung hätten, die ihre Politik ehrlich, glaubhaft und einfach erklärt, die regiert und nicht nur reagiert. Wir sind leider keine mündigen Bürger mehr, man behandelt uns wie kleine Kinder und das noch nicht mal in ganz Deutschland gleich.«

werden. Hier muss schnell nachgebessert werden, indem die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben wird und entsprechende digitale Angebote für Unternehmen bereitgestellt werden.

Die Forderungen im Einzelnen: Breitbandzugang ausweiten, Digitalisierungsprozesse im Mittelstand intensivieren, Faire Wettbewerbsordnung in der Datenökonomie schaffen, E-Government ausbauen, Digitale Verwaltung ausbauen, Digitale Steuerverwaltung ausbauen, Digitalwirtschaft fair besteuern, Betriebsberatung sichern, ausbauen und vereinfachen, Betriebsstrukturen besser berücksichtigen.

4. Nachhaltigkeit gestalten: Im Handwerk findet das Ziel der deutschen und europäischen Klimapolitik, die Erderwärmung deutlich zu begrenzen, breite Zustimmung. (...) Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit müssen gleichgewichtige Ziele der Energiepolitik darstellen. Stärkere internationale Abstimmung ist für den Erfolg einer tatsächlich erfolgreichen Klimapolitik einschließlich des Europäischen »Green Deals« unerlässlich.

Die Forderungen im Einzelnen: Handwerk bei der Nachhaltigkeitswende stärker einbeziehen, Grundsätzliche Technologieoffenheit sicherstellen, Emissionshandel auf den handwerklichen Mittelstand ausrichten, EEG neu justieren, Kreislaufwirtschaft handwerkstauglich gestalten, Nachhaltigkeitsnachweise für Handwerksbetriebe praktikabel gestalten, Handwerk und Mittelstand in EU-Klimapolitik integrieren, Finanzierung der Handwerksbetriebe nachhaltig gestalten, Öffentliche Infrastruktur ausbauen, EU-Erholungsinstrumente wirksam einsetzen, Regionen stärken, Gute Betriebsstandorte und bezahlbares Wohnen sicherstellen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, Qualität der medizinischen Versorgung sicherstellen, EU-Binnenmarkt vertiefen und EU-Grundfreiheiten sichern.

Programmcheck nach Bürokratie und Steuern Auf Basis der Umfrageergebnisse hat der DMB Wahlprüfsteine erstellt, die den aktuell im Bundestag vertretenen Parteien im Vorlauf der Bundestagswahl zur Beantwortung am 10.06.2021 zugesendet wurden. Da die Antworten erst nach der Fertigstellung dieses Heftes vorliegen werden, haben wir die Parteiprogramme auf die beiden Top-Themen abgeklopft. Die Suche nach den Stichworten »Bürokratie« und »Steuern« in den Parteiprogrammen brachte folgende Auswahl:

CDU: »Wir werden ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Unser Ziel:

»Für eine erfolgreiche Bewältigung unserer ökonomischen, sozialen und ökologischen Aufgaben sollte die Perspektive von kleinen und mittleren Unternehmen miteinbezogen werden. Denn sie stellen mit über 99 Prozent den größten Anteil der Betriebe in Deutschland dar. Sie erwirtschaften mehr als 36 Prozent aller steuerpflichtigen Umsätze und stellen rund 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.«

Deutscher Mittelstandsbund (DMB)

Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften und nicht für die Erfüllung bürokratischer Pflichten. Denn das bringt unser Land voran.

Wir wollen die Steuerlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent deckeln. Wir verbessern die steuerliche Verlustverrechnung. Dazu erhöhen wir die Höchstbetragsgrenzen beim Verlustrücktrag und beim Verlustvortrag deutlich.«

Grüne: »Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen



Foto: Privat

Uwe Rupp, Malerfachbetrieb Uwe Rupp GmbH in Karlsbad, sagt: »Unternehmerisch wie persönlich liegt mir der **Klimaschutz** am Herzen. Hier sollte endlich konsequent schnell an allen Stellschrauben gedreht werden. Keine großen Worte, sondern **Taten müssen folgen**, wenn es nicht schon zu spät ist, hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels auf unseren Alltag. Die aktuellen Unwetterereignisse sind eventuell nur ein Vorgeschmack auf das, was da noch kommt.« Ansonsten beschäftigt Uwe Rupp in erster Linie der Bürokratieabbau, gefolgt vom Fachkräftemangel und der Unternehmensnachfolge sowie dem Wunsch nach mehr Gestaltungsspielraum für Unternehmer bei ihrer persönlichen Altersvorsorge.

verbessern. Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformanfordernisse abbauen.

Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro

folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent.

Die Vermögenssteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.«

SPD: »Wir wollen die Steuern für die Mehrheit senken. Wir werden eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranziehen.

Wir wollen die Vermögenssteuer wieder in Kraft setzen, auch um die Finanzkraft der Länder für wichtige Zukunftsaufgaben zu verbessern. Wir stellen sicher, dass mit der Vermögenssteuer keine Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Grundlage von Be-



Wolfgang Heiduk, Inhaber W. Heiduk FarbaRaumkonzept, mit seinen Söhnen Marcel, Dominik und Fabian
Renovierung von 2.500 m² Holzfenstern und Türen, Foch Klinik Bad Heilbrunn



Das leistungsstarke und nachhaltige Lasursystem

- schnelltrocknend bei langer Offenzeit
- wasserverdünnbar und geruchsarm
- extrem haltbar durch hohen UV-Schutz

Cetol Stories anschauen, liken und teilen:



FOR THE BEST

trieben wird bei der Vermögenssteuer verschont werden.

Mit einer effektiven Mindestbesteuerung werden wir die Überprivilegierung großer Betriebsvermögen abschaffen. Auch für vermögenshaltende Familienstiftungen werden wir eine Mindestbesteuerung einführen.«

FDP: »Initiativen wie das Bürokratieentlastungsgesetz IV, die Strategie »Einheitliche Ansprechpartner 2.0« und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Für jede neue Belastung

durch geplante Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden (»One in, two out«) – auch auf europäischer Ebene.

Wir wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-Durchschnitt (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) von rund 25 Prozent senken. Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden.

Damit die Unternehmen nicht durch Erbgänge oder eine Substanzbesteuerung gefährdet werden, lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab.«

Die Linke: »Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften gerecht. Statt einer Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir Profite wie alle Einkommen besteuern. Unsere Vermögenssteuer belastet Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million Euro mit 5 Prozent. Für Unter-

nehmen und betriebsnotwendiges Vermögen sehen wir Freibeträge von mindestens 5 Millionen Euro vor. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern.

Umsatzsteuer: Für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel wollen wir ermäßigte Steuersätze. Wir wollen die bisherige Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer umwandeln.

Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Der Steuerverlauf wird abgeflacht. Höhere Einkommen wollen wir stärker besteuern. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent ab der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen.«

AfD: »Wir wollen Bürokratie abbauen und den Staat effizienter machen durch Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen. Jegliche Form der CO₂-Steuerung ist abzuschaffen.

Das Steuerreformkonzept des ehemaligen Verfassungsrichters Kirchhoff ist ein gutes Beispiel für eine große Reform. In Orientierung daran könnten, bei Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Um- >>



→ **Oliver Wagenmann**, Malermeister in Lahr, führt folgende Themen an, die ihm wichtig sind: Steuervergünstigungen für Handwerksunternehmen, **Hilfe bei der Suche nach Auszubildenden**, der Stellenwert des Handwerks muss besser werden. Baustellen

sollten stärker kontrolliert werden im Hinblick auf Schwarzarbeit, illegale und billige Arbeitsplätze und Scheinfirmen. Es solle Anreize oder einen verminderten Steuersatz für Handwerksleistungen geben. »Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, auch ältere Immobilien zu sanieren und somit die Innenstädte als Wohnraum wieder attraktiver zu machen.« Weiter sagt Oliver Wagenmann: »Als Unternehmer liegt mir ein konstruktiver Wahlkampf am Herzen. Wir müssen alle an einem Strang ziehen und wieder mehr in Deutschland produzieren. Privatpersonen sollten mehr Informationen und Unterstützung in Bezug auf ihre Altersversorgung bekommen. Hier besteht meiner Meinung nach Nachholbedarf, um eine Altersarmut zu verhindern.«



→ **Helmut Gschiel**, Kreative-Farbige Raumgestaltung in München, würde sich wünschen, »dass man uns als **hochgradige Handwerker ein bisschen ernster nimmt** und nicht alles über einen Kamm schert.«

Thomas Weißling, Müller & Weißling GmbH in Bad Mündel, schreibt, dass er sich in seinem Leben nie auf Regierungen in Ost und West verlassen habe. »Vor diesem Hintergrund habe ich meine Wege eingeschlagen und bin Unternehmer geworden. Alle Systeme haben Vor- und Nachteile. Nur der, der sich diesem System und dessen Veränderungen am besten anpasst, wird Erfolg haben. Ich fordere nichts von einer Regierung. Dinge auf die ich keinen Einfluss habe, lasse ich ziehen. **Unternehmer finden immer einen Weg** und Lösungen für Probleme, die Regierung ist da zweitrangig. Demokratisch sollte sie aber schon sein!«



→ **Christian Schwarz**, Schwarz GmbH in Arnstorf, hat sich ausführliche Gedanken gemacht. Ihm macht »die Gesellschaft, **der Umgang miteinander und damit verbunden der Umgang mit unserer Natur/Umwelt** große Sorgen. Sehenden

Augen steuern wir auf den Abgrund zu. Wir verbrauchen einfach zu viele Ressourcen und leben auf Kosten der nächsten Generationen. Der Wohlstand ist hoch in unserem Lande, zugleich sinkt gefühlt das Wohlbefinden und die Zufriedenheit in der Bevölkerung. Soziale Medien sind zu einer Plattform für diese unzufriedenen Menschen geworden, Hass, Kritik, Neid und Missgunst findet man hier in erschreckendem Ausmaß. Ich bezweifle, dass die Politik hier etwas durch Gesetze oder Regeln verändern kann. Ich wäre schon froh darüber, wenn sich so manche Politiker darüber klar werden, dass sie Vorbilder für uns, unsere Gesellschaft und unsere Kinder sind. Lobbyismus und Geschäftemacherei in der Politik sind zu stark ausgeprägt – es geht zu wenig um die Sache. Die Probleme unserer Zeit wie Klima, Pandemie oder Überbevölkerung kann unser Land alleine gar nicht bewältigen, dazu braucht es alle großen Staaten dieser Erde.«

Konkret ist er für »**Bürokratieabbau**: Es ist einfach alles viel zu kompliziert und aufwendig bei uns in Deutschland. Wenn ich daran denke, wie viel Zeit wir aufwenden um sinnlos Formulare auszufüllen, die wir dann abheften, archivieren, vor dem Vernichten kopieren und dann entsorgen, dann wird mir schwindelig. Das Schlimme dabei ist, dass man immer mit einem Bein im Gefängnis steht, selbst wenn man sich unendlich viel Mühe gibt.

Soziale Gerechtigkeit: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer – das ist nicht gut und darf in einer Wohlstandsgesellschaft nicht passieren. Die Spaltung der Gesellschaft ist deswegen schon weit fortgeschritten. Bildungsgerechtigkeit: Kinder, egal aus welcher Schicht sollten dieselben Möglichkeiten haben in Schulbildung und Beruf.

Breitbandausbau: Gerade auf dem Land sind viele Unternehmen nicht gut mit schnellem Internet versorgt, der Ausbau geht zäh voran oder stockt, staatliche Hilfen wären hier sicherlich gut und wichtig.

Staatsverschuldung: Wieso immer Schulden machen – auch wenn es dem Staat gut geht – jetzt haben wir eine Krise, aber kein Polster oder Guthaben? Ich finde das keine gute Vorbildfunktion für die Gesellschaft oder unsere Kinder – immer auf Pump leben, das kann doch nicht gut gehen.«

KIP® WASHI-TEC®
Unschlagbar
reißfest.



Das Goldkrepp® mit den extralangen JINZOKEI® Fasern.

Made in Japan.
www.kip-tape.com



satzsteuer und Einkommenssteuer), die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und etliche, nach ihrem Aufkommen betrachtet, weitere kleinere Verbrauchssteuern auf Bundesebene ersatzlos entfallen.

Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland deutlich zu senken (laut OECD weltweit nur noch von Belgien übertroffen).

Das bewegt Malerbetriebe In einer Umfrage unter Betrieben des Mappe-Erfa-Kreises ging es um die Frage, bei welchen

Themen sich die Unternehmer Unterstützung durch die neue Regierung wünschen und welches Thema ihnen bei der Bundestagswahl am meisten am Herzen liegt, als Unternehmer und als Privatperson.

Eigeninitiative und tatkräftige Politik Die befragten Mappe-Erfa-Betriebe setzen ihre Hoffnung nicht so sehr in die Politik, sondern auf Eigeninitiative, echte Unternehmer eben, die etwas unternehmen. Aber sie wünschen sich auch mehr Wertschätzung und Unterstützung des Mittelstands und Handwerks.

Die großen Themen der Zeit wie der Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und der Umgang miteinander beschäftigen viele. Bleibt zu hoffen, dass die neue Regierung Antworten darauf findet und rasch und effektiv in die Umsetzung geht.

Bärbel Daiber

<http://www.mappe.de>

Auf www.mappe.de finden Sie eine ausführliche Tabelle über die Positionen verschiedener Parteien zur anstehenden Bundestagswahl.

RICHTUNGEN DER PARTEIEN

Die Bundestagswahl ist in vielerlei Hinsicht eine Richtungswahl. Stellt sich die Frage, was dazu in den Parteiprogrammen steht, in welche Richtung soll es gehen? Hier ein Überblick: Das jeweils erste Statement stammt von www.deutschlandfunk.de, die weitere Zusammenfassung aus dem Programm, soweit ersichtlich.

CDU CSU ■ CDU und CSU präsentieren in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm Pläne für ein »Modernisierungsjahrzehnt«. Kernpunkte sind Steuerentlastungen und Bürokratieabbau auch für Unternehmen sowie der Erhalt des Industriestandorts Deutschland bei gleichzeitiger Stärkung des Klimaschutzes.

■ Unsere Richtung ist klar: Wir wollen den Wandel gestalten, damit Deutschland an der Spitze bleibt. Aber unsere Vorstellung ist: Sicherheit im Wandel. Wir wollen stark aus der Krise kommen und eine neue Dynamik schaffen. Eine Dynamik, die Wirtschaft und Klimaschutz voranbringt, Arbeitsplätze sichert und neue schafft, Familien unterstützt und eine moderne Arbeitswelt gestaltet. Dabei stürmen wir nicht blind ins Morgen, sondern halten Maß und Mitte.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN ■ Mehr Klimaschutz, ein schnellerer Kohleausstieg, mehr Investitionen, aber auch höhere Schulden.

■ Reaktive Politik hat die letzten Jahre über das Schlimmste verhindert. Aber es geht darum, das Beste zu ermöglichen. In weniger als 30 Jahren eine klimagerechte Gesellschaft zu werden, ist eine epochale Aufgabe mit inspirierender Kraft. Wir wollen einen Aufschwung schaffen, der über das rein Ökonomische hinausgeht. Einen Aufschwung, der das ganze gesellschaftliche Leben in seiner Stärke und Vielfalt erfasst: Bildung und Kultur, Arbeit und Digitalisierung, Spitzenforschung und Wissenschaft.

SPD ■ Klimaschutz, gute Arbeit und Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt des Bundestagswahlprogramms der SPD unter dem Motto »Zukunft – Respekt – Europa«.

■ Daher benennen wir vier Zukunftsmissionen, die für uns eine zentrale Bedeutung haben. Das gilt für den Kampf gegen den Klimawandel, für die Zukunft der Mobilität, für die Digitalisierung und für das Gesundheitssystem. Wir werden diese vier Zukunftsmissionen anpacken, um die Wirtschaft zu modernisieren, High-

tech in den Schlüsselbranchen zu fördern, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen.

Die Liberalen wollen die Wirtschaft nach der Corona-Krise entfesseln: Dazu setzt die FDP in ihrem Wahlprogramm vor allem auf Steuererleichterungen und Bürokratieabbau. Zudem wollen sie die Digitalisierung stärken und lehnen eine Aufweicheung der Schuldenbremse ab.

■ Wir Freie Demokraten setzen auf Freiheit und Verantwortung. Wir setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und wirtschaftliche Prosperität. (...) Wir wollen ein Land, das seinen Beitrag zur globalen Entwicklung leistet und dem Frieden der Welt dient. Wir Freie Demokraten setzen auf Weltoffenheit, Toleranz und den Wettbewerb der besten Ideen: in einer lebendigen Demokratie selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger. Das ist unser Ziel. Das ist die richtige Richtung.

DIE LINKE. ■ Das zentrale Thema: Soziale Gerechtigkeit – egal ob beim Klima, der Vermögenssteuer oder im Gesundheitssystem.

■ Wir wollen eine Zukunft im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, von Frieden und Klimagerechtigkeit. Wir wollen eine Wirtschaft, in der sich kein*e Beschäftigte*r zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss. (...) Für einen erneuerten demokratischen Sozialstaat, der gerecht finanziert ist und alle sicher vor Armut und sozialem Absturz schützt. Wir treten an, um ein neues Wohlstandsmodell durchzusetzen (...) Menschen vor Profite.

Alternative für Deutschland ■ Drei Punkte des AfD-Wahlprogramms nehmen eine zentrale Rolle ein: Die Forderung nach einem EU-Austritt Deutschlands, die Flüchtlingspolitik der Partei sowie die Kritik an den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung.

Fassade sanieren. Wohnwert steigern.

Aus Liebe zum Bauen. Bewusst bauen.



Das ist ein... (faded text)

Das ist ein... (faded text)

Das ist ein... (faded text)

Forderungen an den Bundestag

Das ist ein... (faded text)

Das ist ein... (faded text)

Das ist ein... (faded text)

